

2005

Jahresversammlung der CDU Steinbergen ist am **18. Februar 2005** im "Steinberger Hof".

Schaumburger Zeitung **16. März 2005**

Felsrutsch – hat Geschäftsführung Behörden bewusst nicht informiert?

Schaumburger Steinbrüche: Gutachten erst präsentiert, als Genehmigung erteilt war.

Steinbergen / Von Frank Werner

In der nächsten Woche will die Norddeutsche Naturstein GmbH den Betrieb im Steinbruch Steinbergen wieder aufnehmen. Nördlich der abgerutschten Steilwand soll weiter abgebaut werden – auf einer Fläche, deren Genehmigung im Jahr 1997 fraglich gewesen wäre, hätten die Steinbruch-Betreiber die Behörden frühzeitig über feststellte Bergbewegungen informiert. Über ein Jahr hat die damalige Geschäftsführung das Wissen um abgleitende Felsmassen für sich behalten – erst als die Erweiterungsgenehmigung auf dem Tisch lag, wurde ein fertiges Gutachten präsentiert.

Nach dem Bergrutsch vom 11. Dezember ist die Rückkehr zur Normalität im Steinbruch politisch umstritten. Zwar ist das "Nordfeld" an der Autobahn nicht unmittelbar vom Bergrutsch betroffen, aber die Zufahrt erfolgt entlang der Geröllhalde, sie muss von Gesteinsbrocken befreit werden. Mit Felsschlag-Simulationen hat die NNG ermittelt, dass die Wege außerhalb der Gefahrenzone liegen.

Am Montag hat das Gewerbeaufsichtsamt außerdem das "Frühwarnsystem" begutachtet: Über den Berg gespannte Messdrähte und an den Spalten installierte Abstandsmesser sollen Bewegungen im Millimeterbereich melden.

Der Abbau soll auf einer Fläche fortgesetzt werden, die von der (damals zuständigen) Stadt Rinteln am 27. März 1997 im Rahmen einer Erweiterung um 9,8 Hektar genehmigt wurde. Dass der Berg längst ins Rutschen gekommen war, wussten die Behörden zu diesem Zeitpunkt nicht. Hätten die Steinbruch-Betreiber (damals Schaumburger Steinbrüche) Stadt und Landkreis im Laufe des Verfahrens darüber informiert, wäre ein positiver Ausgang nicht mehr garantiert gewesen: Allein die Gefahr des Steinschlags auf die Autobahn, die auch ohne Kenntnis der Bergbewegung als ernstes Problem galt, hätte vor diesem Hintergrund ein anderes Gewicht erhalten.

Wenige Wochen nach der Genehmigung wurden die Behörden aufgeklärt: Vom 25. April 1997 datiert das Gutachten des Ingenieur-Büros Meihorst und Partner, das eine "rasante Zunahme der Bewegung der Wand" konstatiert und die "kurzfristige" Durchführung von Sicherungsmaßnahmen empfiehlt. Das Gutachten diente Stadt und Landkreis als Grundlage, um über eine Notsprengung zu entscheiden. Am 15. Mai 1997 wurde das Gewerbeaufsichtsamt informiert.

Wie aus einer Vorlage der Kreisverwaltung von Juni 1997 hervorgeht, war jetzt "akuter Handlungsbedarf" gegeben: Mit "stark zunehmender Geschwindigkeit" bewegten sich 275 000 Tonnen Gestein nordwärts. Auch die Schaumburger Steinbrüche hielten nun "dringendes Handeln" für geboten. Am 10. Juni ordnete die Stadt die Sicherungssprengung an.

Der Zeitdruck, der plötzlich für die Behörden entstand, verwundert. Dass sich der Berg bewegt, war den Schaumburger Steinbrüchen spätestens seit dem 9. August 1995 bekannt. Von diesem Tag datiert ein Schreiben des Katasteramtes Rinteln, in dem das Unternehmen darüber informiert wird, dass sich Teile des Bergkamms seit 1985 um über 30 Zentimeter nach Norden verschoben haben.

Die Geschäftsführung hat daraufhin Vermessungsingenieure beauftragt, um die Verformungen zu verifizieren, und im Mai 1996 ein geologisches Gutachten zur Untersuchung der Klufthöhle beim Hydrobüro Dr. Krassmann in Auftrag gegeben. Im Januar 1997 war das Gutachten fertig. Die brisanten Ergebnisse indes blieben den Behörden verborgen. Stattdessen wurde ein "ergänzendes Gutachten zur Interpretation der vorliegenden Messergebnisse" beim Büro Meihorst und Partner in Auftrag gegeben. Im Mai, als die Erweiterung im "Nordfeld" genehmigt war, wurden Stadt und Landkreis schließlich informiert.

"Das sieht unglücklich aus, es steckt aber keine Absicht dahinter", sagt Josef Wärmer, der frühere Geschäftsführer der Schaumburger Steinbrüche. Wärmer bestätigt die Chronologie, bestreitet aber, dass die Information über den drohenden Bergrutsch wegen des laufenden Genehmigungsverfahrens zurückgehalten wurde: "Ich habe keinen Zusammenhang zwischen beiden Dingen gesehen." Nachdem das Gutachten zur Bergbewegung Anfang 1997 auf dem Tisch lag, hätten noch mehrere "Nachträge" erfolgen müssen, erinnert sich Wärmer.

Nach Informationen unserer Zeitung hat die Geschäftsführung Anfang 1997 bei der Stadt mehrmals persönlich auf eine schnelle Beendigung des Genehmigungsverfahrens gedrängt - möglicherweise, weil klar war, dass die Bergbewegung sich nicht mehr lange verheimlichen ließ.

Bundestagswahl – 18. September 2005

Frau Dr. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin.
Erstmals steht eine Frau an der Spitze der Bundesregierung.